

## ELKB: andere Landeskirche - gleiche Probleme

**Author** : kirchenbunt

**Categories** : [ELKB](#), [Pressespiegel](#)

**Date** : 11. Juni 2015

Keine Frage: Die Bayerische Landeskirche ist anders strukturiert als die EKIR, sie besitzt einen anderen Aufbau, sie hat einen anderen konfessionellen Hintergrund. Und dennoch lassen sich weite Passagen des Berichts der 1. Vorsitzenden des dortigen Pfarrvereins, Corinna Hektor, nahezu eins zu eins auf die Situation im Rheinland übertragen. Wir dokumentieren Äußerungen zu den Themen Verwaltungsreform, Finanzen/Doppik und SAP/IT.

### **Thema: Verwaltungsreform**

Nach einem Überblick über das Projekt bleibt der Eindruck von viel gut Gemeintem – und einige Fragen. Dabei geht es v.a. um die Zentralisierung von Vorgängen und die Verpflichtungen zur Delegation von Aufgaben und Entscheidungen und die Frage, ob sich daraus tatsächlich Entlastung ergibt. Thema waren auch die Kosten, v.a. im IT-Bereich und die offenbar gewollte Vereinheitlichung, sowie die Frage der Haftung durch die tatsächlich entscheidenden und handelnden Personen bzw. Institutionen angesichts der „Letztverantwortung“ der geschäftsführenden PfarrerInnen. (...)

Zu sehen ist auch: Das alles gibt es nicht zum Nulltarif. „Das macht jetzt mehr Arbeit, also müssen wir mehr Geld ausgeben für Verwaltung“ - so der Landesbischof im Plenum der Landessynode in Bad Wörishofen zur Verwaltungsreform. Ich denke, er hat recht. Es wird mehr kosten, außerdem mehr und mehr besonders geschultes Personal brauchen. Die Reform wird also - wie alle Reformen vor ihr - neue Arbeit und neue Anforderungen generieren und am Ende auch mehr Geld und mehr Stellen brauchen. Die Verwaltung wird also größer - die Frage ist, ob es sich lohnt. Versprochen wird uns „zentral, aber nicht zentralistisch“ und „vom Dienstleistungsgedanken getragen“. Das klingt gut. Beides. Ob es den Aufwand wert ist, wird sich zeigen. Entbürokratisierung stand als Versprechen bereits 2003 im Rahmen der Konsolidierung auf der Agenda. Die Umsetzung muss an mir vorbeigegangen sein.

Schon jetzt kann ich absehen, was mir sehr direkt helfen würde: mehr Stunden für meine Sekretärin, oder einen Hausmeister. Am Ort, nicht in einer Zentrale.

---

## Thema: Finanzen/Doppik

Gute Kirchensteuereinnahmen, gute Ergebnisse der Vermögensverwaltung, die Kirche hat Geld - und trotzdem Angst. Das ist beim Blick in die Zukunft nie ganz unberechtigt. Und angesichts der absehbaren Mitgliederentwicklung erst recht nicht. Trotzdem sollten wir gelernt haben, dass Prognosen etwas sehr vorläufiges sind. Ich habe den Finanzierungsplanrahmen für die Konsolidierung 2002/2006 rausgesucht. Da gibt es im Haushaltsbericht 2004 eine Grafik mit Zahlen für die Folgejahre. Bereits für das Jahr 2005 hat man sich kräftig verkalkuliert. Mit 618,3 Mio Einnahmen und einem kräftigen Defizit hatte man gerechnet, bei 687 Millionen lagen die Einnahmen tatsächlich. Auch für die Folgejahre gehen Planung und Ergebnis - auch dank vorsichtiger Schätzung - gewaltig auseinander, 2007 um knapp 300 Mio. Wenn das bereits bei so kurzen Zeiträumen und relativ klaren Parametern so ist, um wieviel mehr dann bei Prognosen, die 30 oder gar 40 Jahre in die Zukunft gehen - und an vielen Stellen auf reinen Annahmen beruhen?

Bereits der Konsolidierungsprozess ab 2003 hat gezeigt, wie wichtig es selbst in Spardebatten ist, nicht auf nötige Investitionen und nachhaltige Planung zu verzichten. Diese Erkenntnis wurde in den letzten Jahren immer wieder in Rücklagen umgesetzt, die Geld für bestimmte Zwecke festlegten und so der Planung ein Gesicht gaben. Die Doppik, so habe ich von OKR Barzen gelernt, denkt anders. Eines seiner besonders eingängigen Bilder dazu zeigt eine Badewanne statt Töpfe. Alles Geld ist also in einem großen Topf, Rücklagen sind abgeschafft. Das wird da zum Problem, wo damit Übersicht und Steuerbarkeit verloren gehen. Eine reine Vermögensbilanz-Steuerung funktioniert aber offenbar nicht, da den meisten Menschen dabei die Übersicht und die gewohnten Planungsgrundsätze fehlen. Aber wenn das Handelsgesetzbuch (HGB) es so vorsieht, führt offenbar kein Weg daran vorbei.

Überhaupt erscheint manches am neuen System zwar auf den ersten Blick einleuchtend und schier unausweichlich, auf den zweiten aber zu komplex, um es in den Folgen tatsächlich zu überblicken - und das gilt ganz offensichtlich auch für die verantwortlichen Gremien.

So wurde die „Vorsteuerung“ einstimmig beschlossen, die Folgen einer Festschreibung des Haushaltswachstums unterhalb der Inflationsgrenze, wenn die Hauptkostenfaktoren Steigerungen haben, die darüber liegen, aber nicht gesehen. Deutlich wurde das am Beispiel des Kirchensanierungsfonds. Der wurde zwar gesetzlich abgesichert, aufgrund der beschlossenen Mechanismen und des Fehlbetrages in der Vermögensbilanz könnte aus ihm aber nichts entnommen werden - da jede Entnahme zu Lasten des Gesamtbudgets ginge. Da die Vorsteuerung das Haushaltsvolumen vorab begrenzt, gäbe es dafür eigentlich keine Lösung. Als Kompromiss wird der Fonds für ein Jahr wie ein rechtlich selbstständiges Sondervermögen behandelt und erhöht so den Fehlbetrag um 100 Millionen. Dann soll entschieden werden, wie es damit weitergeht. Der Kompromiss ist sehr zu begrüßen - das Grundproblem löst er noch nicht. Die Forderungen nach mehr Zeit, mehr Klarheit über Nötiges und Gewünschtes, also Prioritäten und Posterioritäten als Ersatz für die Rücklagen, mittels derer bisher Planung festgeschrieben wurde, stehen noch im Raum. Und eine wirkliche Debatte, was es bedeutet, dass Kirche kein Konzern ist, sondern eben Kirche, steht auch noch aus, ebenso wie die Benennung von notwendigen Aufgaben, gesetzten Prioritäten und Feldern, die wegfallen können.

Dann wird auch zu klären sein, wie ganz konkret eine kirchliche Doppik-Anwendung aussieht. Anpassungen wird es geben, sogar im Bereich des landeskirchlichen Rechenwerkes. Im Rahmen

des Feldversuches im Kirchenkreis Augsburg wird sich das nochmal verstärken, wenn ausprobiert wird, ob und wie sich die komplizierten Vorgänge in Verwaltungsstellen und Gemeinden umsetzen lassen - mit den vorhandenen Menschen!

## Thema: SAP/IT

Es stimmt traurig, was zu diesem Thema und der immer noch laufenden Umstellung auf der Synode von Karl Mehlretter für die Synodale Begleitgruppe vorgetragen wurde. Er konstatiert, dass wesentliche Punkte seit langem angemahnt, aber immer noch nicht angegangen wurden. Fast noch schlimmer ist, dass sein Fazit sehr resignativ ausfällt. Kurz gefasst: Nachdem man nicht auf uns hört, können wir genauso gut aufhören. Dabei bräuchten wir hier, wo es um IT geht, tatsächlich die Kompetenz der Ehrenamtlichen, die in diesem Bereich Profis sind bzw. wichtige Vorerfahrung mit solchen Umstellungen haben. Stattdessen haben wir ein langwieriges Projekt ohne klares Lastenheft, mit noch offenen Problemen und wachsenden Kosten (allein 9 Mio für die erste Phase). Das Ergebnis bekam ich im Landeskirchenamt mit „search and pray“ übersetzt. Schade eigentlich - auch wenn es manches erklärt.

Dazu (Thema: Sicheres Kirchennetz, Anm. des Verf.) wollte ich eigentlich gar nichts sagen - diesmal. Bis ich versucht habe, auf eine Mail dem gesamten Verteiler zu antworten und nach 10 Minuten nicht etwa eine Antwort bekam, sondern eine Mitteilung von postmaster@elkb.de, dass meine Nachricht an den Verteiler aufgrund eines Berechtigungs- oder Sicherheitsproblems nicht zugestellt wurde. Hilfreicherweise stand auch dabei, dass die Adresse nur E-Mails von bestimmten Absendern akzeptiert und nicht etwa von jedem. Über die Notwendigkeit auf eine Mail telefonisch zu antworten und die mündliche Auskunft, man wisse sich eben mit allen Mitteln zu wehren, die ich daraufhin im LKA erhielt, konnte ich noch lachen. Dann allerdings habe ich mir vorgestellt, wie das ganze auf Gemeindeglieder oder künftige KiTa-Eltern oder andere Interessierte wirken muss, wenn sie versuchen, das Pfarramt, die KiTa oder eine KollegIn per Mail zu erreichen.

Alle Behauptungen, man komme mit dem sicheren Kirchennetz allein als dienstlichem Anschluss aus, haben sich damit erledigt. Eigentlich müsste sogar angeordnet werden, eine weitere Mail Adresse zu unterhalten, damit das Versprechen der dienstlichen Erreichbarkeit auch eingelöst werden kann. Und damit bin ich bei einer alten Forderung: die Kosten – von PC und Anschluss bis hin zu den laufenden Kosten! - für das zusätzliche sichere Kirchennetz sind von denjenigen zu übernehmen, die es angeordnet haben, also von der Landeskirche. Dafür werden wir uns weiter einsetzen. Das geht besonders gut, wenn der Druck nicht nur von der Pfarrerkommission kommt. Darum erinnere ich hier nochmal an das Angebot der zuständigen Abteilung, sich mit allen Fragen und Kostenerstattungsanträgen direkt an joerg.blickle@elkb.de zu wenden.

[? ... den kompletten Bericht lesen \(an S. 86\) ...](#)